

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief ☀ No. 3 1. Februar 2015

renate sommer mdep hält erdogans türkei für eine 'bananenrepublik' + frankreichs umweltministerin ségolène royal will alte kkws abbauen, zugleich auch neue bauen, vor allem solche der "4. generation" + china hat die letzte bauphase des "kugelhaufen"-reaktors htr erreicht + schwedens nuklearabfall-lager hat sich voll bewährt und soll nun erheblich erweitert werden

In eigener Sache ! Weil auch neue Leser dabei sind, kommt diese akute Erläuterung:

1. Sowohl Griechenland als auch Ukraine-Komplex haben mir "Berge" von Material und endlose Telefonate gebracht. Da aber bis heute mittag kein vernünftiger Abschluss möglich war, zog ich vor, was die Leser schon lange wollten: **Zwischenbilanz Kernenergie**. Denn mit der jetzigen Kernkraft-Planung in Paris, London und Warschau ist der Versuch von Berliner Kräften, die "Energiewende" in die EU zu pflanzen, am Ende. Hinzu kommt die Welt-Energieentwicklung, bei der ein "Atom-Wettlauf" zwischen USA, Russland und weiteren Interessenten begann und China kräftiger mitmischen will.

2. Ich verschicke so rasch als möglich den Aufriss meiner großen Arbeit **"Russische Invasion westwärts - Ziele EU und Nato, Mittel, Personal**. Sonderteil "Russia today" mit deutschen links. Es werden Einflussagenten für Zwecke der Putin-Politik benannt werden, darunter Willi Wimmer Ex-CDU-MdB, Johann Gudenus (FPÖ-Vize), Manuel Ochsenreiter (Journalist) Matthias Warnig (Dir.Nord Stream AG), Jürgen Elsässer (COMPACT-Gruppe). Mein Endprodukt muss und wird das Volumen von *ContraSalon* sprengen. Über die Konsequenzen denke ich noch nach.

3. Wenige aktuelle Thesen zum schlampigen Begriffe-Gebrauch der Medien: a) PEGIDA wird zu Unrecht als (nur) "islamkritisch" abgestempelt. Umfragen zeigen, dass nur zwischen 10 und 18% der Marschierer gegen Islam sind, wohl gegen Asylmissbrauch etc. Außerdem ist PEGIDA von Stadt zu Stadt vollkommen verschieden. In Köln, Bonn und Düsseldorf hatten Rechtsradikale viel Einfluss, in Frankfurt z.B. nicht. // b) In der Ostukraine führen russische Offiziere, **fast alle Geheimdienstler mit Wohnsitz in Russland**, sämtliche örtliche Kampfgruppen, sind also keine **ukrainischen "Separatisten"**. Diese heißen eher richtig "prorussische Volkswehren". c) Ich habe auch noch und bald noch mehr Material, das lange Vorbereitungen einer Zusammenarbeit Athen-Moskau zu analysieren hilft; sie könnte sich rasch verstärken.

ContraSalon-Leser Dr. Andreas Püttmann hat aus Anlass der Erschütterungen in den ersten Tagen des neuen Jahres diesen Text geschrieben: JW

"Achte auf Deine Gedanken, denn sie werden zu Worten. Achte auf Deine Worte, denn sie werden zu Handlungen. Achte auf Deine Handlungen, denn sie werden Gewohnheiten. Achte auf Deine Gewohnheiten, denn sie werden Dein Charakter. Achte auf Deinen Charakter, denn er wird Dein Schicksal", sagt ein chinesisches Sprichwort.

Auch das Schicksal unserer Demokratie wurzelt im Geistigen und in der *Sprache*. Verbalradikalismus droht Brachialradikalismus nach sich zu ziehen. "Achte auf Deine Worte, denn sie könnten zu Handlungen anderer werden", ist insofern hinzuzufügen.

Wenn unser freiheitliches politisches System als "Meinungsdiktatur" und freie Medien als "System"- oder "Lügenpresse" verschrien werden, kann der "Widerstand" geistig erfolgloser Gesinnungsegozentriker irgendwann ganz handfest werden ("Lügenpresse auf die Fresse!"). Dass es im schrumpfenden katholischen Milieu schon eine gewisse Radikalisierung aus Frust gibt, erkennt man an persönlichen Herabsetzungen, die mittlerweile in manchen "glaubenstreuen" Internetforen an der Tagesordnung sind. Man schmort im eigenen Saft, ereifert sich gegenseitig und verliert so Maß und Mitte. Dass sich jetzt sogar das verdienstvolle Hilfswerk für verfolgte Christen "Kirche in Not" den rechten Kampfbegriff "Meinungsdiktatur" als Podiumsthema zu eigen machte, ist beunruhigend.

ERGÄNZUNG (jw): Dass "Kirche in Not" eine Tagung per Anzeige in das AfD-Kampfbblatt "Junge Freiheit" stellte, bestätigt Püttmanns Sorge. Das Blatt unterstützt auch immer wieder rechte Thesen, die ein sich katholisch nennender PEGIDA-Teil vertritt.

Renate Sommer (EVP/CDU): Europäisches Parlament bleibt einig im Urteil über andauernde Grundrechtsverletzungen der Türkei



Dr. Renate Sommer MdEP

Das Europäische Parlament hat in einer von allen Fraktionen getragenen EntschlieÙung die Grundrechtsverletzungen in der Türkei (im Dezember) scharf verurteilt. Die ständige Türkei-Berichterstatterin der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Renate Sommer MdEP (CDU), begrüÙt dies als deutliches wichtiges Signal nach Ankara:

"Diese gemeinsame EntschlieÙung, die das Europäische Parlament in seltener Einigkeit beschlossen hat, ist eine starke Mahnung an die türkische Seite. Im vergangenen Dezember waren in der Türkei in einer landesweiten Großrazzia Journalisten, Medienvertreter und weitere Regierungskritiker festgenommen worden, darunter auch der Chefredakteur der auflagenstärksten Zeitung, *Zaman*. Mittlerweile sind zwar einige der Festgenommenen wieder auf freiem Fuß, dennoch zeigt dieser Vorfall wieder einmal den tatsächlichen Umgang der türkischen Regierung zu ihren Kritikern.

In der gemeinsamen EntschlieÙung wird die Türkei dringend aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Grundfreiheiten, wie die freie MeinungsäuÙerung, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte respektiert werden. **Erinnert wird die Türkei daran, dass die Gewährung dieser Grundfreiheiten Voraussetzung für die Zahlung von "Vorbeitrittsmitteln" durch die EU sind."**

Die Entwicklung der Türkei wird schlimmer: Erdogan ist auf dem besten Weg, eine Diktatur zu errichten. Recht und Gesetz interessieren ihn nicht. Jeder, der auch nur ein "falsches" Wort von sich gibt, wird verhaftet und unter Terrorverdacht gestellt. Es folgen schnelle Gerichtsverfahren nach dem Anti-Terrorgesetz mit Verurteilungen zu jahrelangen Haftstrafen. Das trifft sogar 16jährige Jugendliche. Der EU-Beitrittskandidat Türkei tritt unsere europäischen Grundwerte mit FüÙen. **Die Türkei entwickelt sich zur Bananenrepublik.**

Pariser Umweltministerin: Frankreich muss Kernkraft-Neubauten planen

Die Pariser sozialistische Ministerin und Ex-Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal (Ministre de l'Écologie, du Développement durable et de l'Énergie) erklärte in der französischen Wochenzeitschrift «L'Usine Nouvelle», Kernenergie bleibe ein politischer Trumpf, auch wenn noch Probleme der Abfallentsorgung blieben.



Ségolène Royal steht zum breiten Energie-Mix

In einem Interview mit der «Usine Nouvelle», das am 13. Januar 2015 erschien, betonte Royal, die verschiedenen Energiequellen dürften (auch in Europa) nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dank der Kernenergie sei eine wirkliche Energiewende möglich, da die Kernkraftwerke Versorgungssicherheit gewährleisten.

Auf die Frage, wann das Kernkraftwerk Fessenheim im Elsass abgeschaltet werde, antwortete Royal, man würde nicht schließen um der Schließung willen. Es

werde auf der Basis eines soliden Gesetzes gehandelt und nicht aus ideologischen Gründen. Die im Entwurf zum Energiewendegesetz vorgesehene Deckelung der installierten Leistung des französischen Kernkraftwerksparks bedeute, dass mit der Inbetriebnahme des modernsten EPR Flamanville-3 zwei kleinere Einheiten vom Netz gehen müssten. Derzeit betreffe dies die beiden Einheiten des Werks Fessenheim, da kein anderer Vorschlag auf dem Tisch liege. Nachdem bereits Präsident François Hollande in einem Interview mit Radio France Inter Anfang Januar 2015 kein Abschaltdatum für Fessenheim nennen wollte, stocherte "L'Usine Nouvelle" bei Royal nach und wollte wissen, ob Fessenheim wie vorge-

sehen 2016 vom Netz ginge. Die zwei Kernkraftwerkseinheiten würden abgeschaltet, sobald der EPR Flamanville-3 den Betrieb aufgenommen habe, wiederholte Royal. Zur geplanten Investition der EDF in Höhe von EUR 55 Mrd. (**um die Betriebsdauer der Kernkraftwerke zu verlängern**), meinte Royal, sie habe bewusst auf das Festschreiben einer Beschränkung der Lebensdauer auf 40 Jahre – eine Forderung der Grünen – im Gesetzesentwurf verzichtet, weil das gegenüber der Industrie keine sinnvolle Vorgehensweise sei. **Auch international wäre dies ein zu ideologisch gefärbtes Anliegen.** Gewisse Einheiten könnten länger in Betrieb bleiben. Doch jetzt müssten noch einmal Investitionen in die Sicherheit der bestehenden Reaktoren geplant werden. Zudem müsse der **Bau einer neuen sicheren Reaktorgeneration vorbereitet werden**, welche alte Einheiten ersetzt, die nicht mehr nachgerüstet werden könnten.



Royals Ausführungen zur Kernenergie führten zu Diskussionen, so dass die Ministerin abermals in «Usine Nouvelle» präzisierte, die Nutzung der Kernenergie werde beibehalten, der Kernenergieanteil an der Stromerzeugung jedoch bis 2025 auf 50% verringert. Nicht aus Angst, sondern für ein noch besseres Energie-Mix. Zur Verlängerung der Lebensdauer einiger Einheiten stellte sie klar, dass 2025 das mittlere Alter des französischen Kernkraftwerksparks 40 Jahre betragen werde und 2035 also 50 Jahre. Im Einklang mit dem Ziel, einen nuklearen Anteil 1111am Mix beizubehalten, würden die EDF, die Areva SA und das Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives (CEA) an zukünftigen Reaktoren arbeiten, die einen Teil der Einheiten ersetzen würden, deren Lebensdauer nicht verlängert werden könne. **Dabei denkt Royal vor allem schon an die Reaktoren der vierten Generation.**

=====

Anhaltender Zuwachs im weltweiten Kernkraftwerksektor

Bilanz der schweizerischen Fachpresse

Am Ende 2014: fünf neue Kernkraftwerke und eine Stilllegung wegen Konkurrenz durch Fracking. In 2014 nahmen fünf neue Kernkraftwerke den Dauerbetrieb auf: drei in China und je eines in Argentinien und Russland. Zwei Einheiten in Fukushima und das Werk Vermont Yankee in den USA wurden stillgelegt. Somit umfasste der zivile Kernkraftwerkspark der Welt beim Jahreswechsel 439 Reaktoren in 31 Ländern.

Im Verlauf des Jahres 2014 ist der weltweite Kernkraftwerkspark noch gewachsen. Anfang Januar 2014 nahm die chinesische Einheit Ningde-2 den Betrieb auf, Ende Juni Atucha-2 in Argentinien. Im August und im November folgten Fuqing-1 und Fangjiashan-1 in China. Kurz vor Jahresende ging Rostow-3 im Südwesten Russlands in Betrieb.

Etwa zur gleichen Zeit wurde im Nordosten der USA das Werk Vermont Yankee ganz aus dem Betrieb genommen. Die Stilllegung nach 42 Jahren Betrieb geschah nur aus wirtschaftlichen Gründen, insbesondere wegen der starken Konkurrenz durch Billig-Erdgas aus Fracking. Die Betriebslizenz des Werks wäre noch bis 2032 gültig gewesen.

Schon zu Beginn des Jahres hatten die Betreiber des Kernkraftwerks Fukushima-Daiichi beschlossen, auch die nicht zerstörten Einheiten 5 und 6 nicht mehr weiter zu betreiben. Ende 2014 umfasste dann der Kernkraftwerkspark der Welt einschliesslich von Kernkraftwerken in Japan, die wieder in Betrieb gehen sollen, insgesamt 439 Reaktoren mit einer Gesamt-Nettleistung von rund 376'500 MW in Betrieb (Ende 2013: 374'200 MW). Der An-

teil der Kernenergie an der globalen Stromproduktion lag unverändert bei rund 12%. Darüber hinaus sind 70 Reaktoren im Bau und über 170 in Planung.

Diese und weitere, laufend aktualisierte Informationen und Grafiken zu allen Kernkraftwerken der Welt sowie Links zu E-Bulletin-Nachrichten über die Standorte finden Sie auf der interaktiven Plattform www.nuclearplanet.ch.

Chinesischer Kugelhaufenreaktor bestand Brennstoffbestrahltest

Die niederländische Nuclear Research and Consultancy Group BV (NRG) hat erste Brennstofftests für den in China im Bau stehenden Hochtemperatur-Demonstrationsreaktor Shandong Shidaowan erfolgreich durchgeführt.

China treibt im Rahmen seines Wissenschafts- und Technologieplans 2006–2020 Forschungs- und Entwicklungsprojekte voran. Darunter befindet sich auch Shan-dong Shidaowan (auch Shidao-Bay-1 genannt) vom Typ HTR-PM (High-Temperature Gas-cooled Reactor-Pebble Bed Module), der seit Dezember 2012 in Bau steht. (Pebble = Kugel).

Der Reaktor wurde in Jülich entwickelt, kam dann mit der Gesamtanlage in der Nähe von Hamm ans Netz und lieferte Strom. Nach "Tschernobyl" stoppte MP J. Rau (SPD/NRW) das ganze Projekt. Die CDU verzichtete aus der Sicht der politischen Öffentlichkeit auf Gegenwehr. Div. Patente gingen z.T. nach Südafrika, wo aber kein Bauplan realisiert wurde. Am Ende einer Kette erbten Chinesen.

Nach Meinung neuseeländischer und US-Kernkraftforscher (die häufig am japanischen HTR-Bauplatz waren), hat das Projekt solide Zukunft. Deutsche Experten wie der "ExJülicher" Dr. Ing. Cleve (Dortmund) bleiben hingegen noch skeptisch. Und US-Experten zweifeln daran, dass die Chinesen die "Hauptidee von Jülich" gewahrt haben, nämlich den Bau absichtlich kleiner Reaktoren zum Einsatz mitten in großen Ballungsgebieten. Die Franzosen wiederum zeigen schlicht Neid auf die China-Entwicklung, wie aus Paris zu hören ist.

Wie lief die neueste Phase der Entwicklung in China? Im Rahmen der ersten Brennstoff-Qualifikationsphase untersuchte die NRG fünf kugelförmige Brennelemente aus einer Produktionsserie von 1000 Brennelementen, die das chinesischen Institute of Nuclear and New Energy Technology (INET) hergestellt hatte. Die NRG bestrahlte diese Brennelemente in ihrem High Flux Reactor (HFR) in Petten vom 8. September 2012 bis zum 30. Dezember 2014 bei einer Temperatur von 1050°C, was 13 Betriebszyklen oder 351 Reaktorbetriebstagen entspricht. Laut NRG haben die Ergebnisse der Tests die Eignung des Kernbrennstoffs bestätigt.

Der HTR-PM ist ein fortgeschrittener, modularer, gasgekühlter Hochtemperaturreaktor mit einem Kugelhaufenkern. Als Kühlmittel kommt Helium zum Einsatz, das im Reaktor auf bis zu 750°C erhitzt wird. Der Brennstoff besteht aus beschichteten Uran-Kügelchen, die ihrerseits in rund 6 cm grossen Grafitkugeln eingesintert sind. Der Anreicherungsgrad von U-235 beträgt 8,9%. Eine Kraftwerkseinheit ist so aufgebaut, dass zwei Reaktormodule mit je 250 MW thermischer Leistung eine Turbine antreiben, womit 200 MW elektrischer Leistung zur Verfügung stehen. Der HTR-PM dient als Demonstrationsreaktor für weitere Einheiten. Er wird an der Shidao-Bucht im östlichsten Zipfel der Provinz Shandong an der Ostküste Chinas gebaut. **Quelle: NucNet 5. 1. 2015; Ergänzungen durch JW**

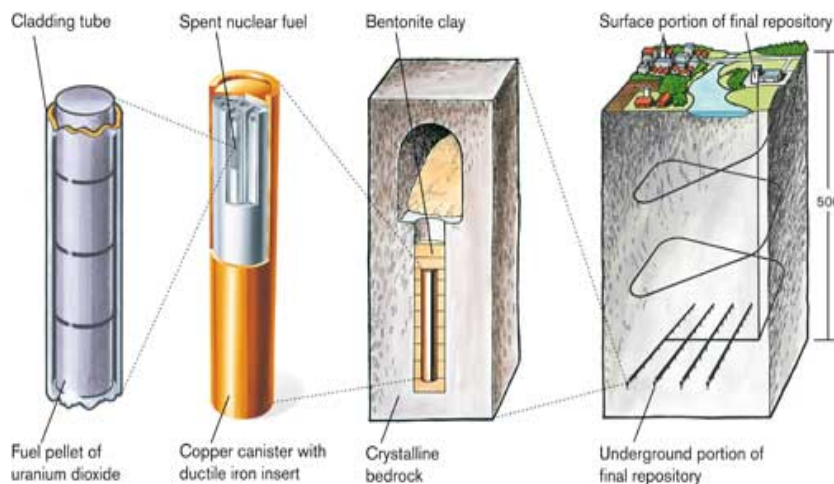


Etwas zurückliegende Phase des chinesischen HTR-Baus

Ausbaugesuch für schwedisches Endlager

Die schwedische Entsorgung Svensk Kärnbränslehantering AB (SKB) hat bei der schwedischen Radiation Safety Authority und beim Land and Environmental Court Gesuche zur

Erweiterung des geologischen Nuklear-Abfall- Tiefenlagers SFR Forsmark eingereicht. Bereits 1988 ging nahe dem Kernkraftwerk Forsmark nach fünf Jahren Bauzeit das SFR in



Betrieb – damals die weltweit erste Lager-Einrichtung dieser Art. Das SFR liegt absolut sicher im Granit 50 m unter der Ostsee. Neben den Betriebsabfällen aus den schwedischen Kernkraftwerken nimmt das SFR auch Schwedens schwach- und mittelaktive Abfälle aus Medizin und Industrie auf. Die Abfälle werden in massive **Kupfercontainer (2. Grafik v.l.)** eingeschlossen, die nicht rückholbar im Granit (**4. Grafik v.l.**) verankert werden. Das SFR bietet Raum für 63'000 m³ Abfälle

und sind jetzt etwa zur Hälfte gefüllt. Pro Jahr kommen rund 600 m³ dazu. Die Kapazität der heutigen Anlage ist nur auf Betriebsabfälle ausgelegt. Um später auch **Abfälle aus dem Rückbau der heutigen Kernkraftwerke im gleichen SFR** aufnehmen zu können, wurden die erwähnten Anträge der SKB am 19. Dezember 2014 eingereicht. Geplant ist, das Volumen des SRF auf 171'000 m³ zu vergrößern. Dazu sollen sechs neue Felskavernen des bewährten Typs gebaut werden. Vorgesehen ist auch ein breiterer Einfahrtstunnel zum SRF, damit Reaktorbehälter aus Kernkraftwerken Schwedens nach Stilllegungen **als ganze Einheiten** gelagert werden können.

Experten versicherten, dass das beantragte Ausbauprojekt sicher und ohne Auswirkungen auf das bestehende Lager durchgeführt werden kann.

Zur Erinnerung: Schweden wollte seinerzeit aus der Kernkraft aussteigen, besann sich aber nach kurzer gesamtnationaler Debatte. Der schwedische Reichstag unterstützte die Kernkraftwerke mit großer und stabil bleibender Mehrheit. Und noch einmal: Das beschriebene Lager kann besichtigt werden. Wer ernsthaft Interesse hat und sein Wissen weitergibt, wird von u.a. von der schwedischen Botschaft unterstützt. Ich kann auch einen Werkskontakt vermitteln. Alles in Englisch.

Liebe Leserinnen und Leser, ich biete erstmals Nachrichten wie die nun folgenden an. Bitte mitteilen, ob das "ankommt". Wenn es so ist, werde ich einmal im Monat solche Texte mitnehmen. Herzlich Euer/Ihr Jürgen Wahl

Video-Überwachung

Die Videoüberwachung auf dem eigenen Grundstück ist zulässig, wenn sie zum Schutz von Eigentum, Gesundheit und Leben der verantwortlichen Person und ihrer Familie erforderlich ist. In diesen Fällen findet die Richtlinie 95/46/EG zum Schutz personenbezogener Daten keine Anwendung. Das hat der EuGH mit Urteil vom 11.12.2014 (C-213/13) entschieden. Zugleich hat das Gericht aber auch betont, dass die Grenze des Überwachungsbereichs die eigene Grundstücksgrenze bildet, d.h. der öffentliche Straßenraum oder Nachbarhäuser dürfen in die Videoüberwachung nicht mit einbezogen werden.

Im bezogene Fall hatte ein Hauseigentümer, dessen Fensterscheiben von Unbekannten eingeworfen wurden, per Videokamera den Eingang seines Hauses, die Straße sowie den Eingang eines Nachbarhauses überwacht und die Täter identifiziert. Im Strafverfahren berief sich einer der Täter darauf, dass Videoaufnahmen wegen Verletzung der EU-Datenschutzrichtlinie im Strafverfahren nicht als Beweismittel zugelassen seien.

- **EuGH** <http://bit.ly/1Be1ZBR>
- **Urteil** <http://bit.ly/1rsOG0i>

Kreditkartengebühren

Das Parlament hat sich mit seiner Forderung nach Senkung der Kreditkartengebühren durchgesetzt. Bei der Senkung geht es um Verarbeitungsgebühren, die Banken in der EU in unterschied-

licher Höhe von derzeit bis zu 1,5% des Zahlbetrags von den Einzelhändlern verlangen, wenn Kunden beim Einkauf mit Karte zahlen. Nach Verhandlungen mit Vertretern der 28 EU-Mitgliedstaaten konnte am 17.12. 2014 Einigung über die vom Parlament am 3.4.2014 beschlossene Deckelung der Kreditkartengebühren erzielt werden. Danach betragen künftig die Gebühren für EC-Kartenzahlung (heute Debitkarten) EU – einheitlich 0,2 % des Zahlbetrags und bei Kreditkartenzahlung (Visa und Mastercard) 0,3 % des Zahlbetrags.

➤ **Pressemitteilung (Englisch) des EP vom 17.12.2014** <http://bit.ly/1rPhekA>

Zwei Stückchen zum Thema Medienklima

Abschreiben statt Aufpassen: Wir schreiben das Jahr 1984. Vor der französischen Küste sinkt der Ro/Ro-Frachter „Mont Louis“ mit dem radioaktiven Stoff „Uranhexafluorid“ an Bord. Wochenlang berichten die Medien über eine große „Katastrophe“, obgleich unter Experten von Anfang an feststand, dass von Uranhexafluorid, einem leicht radioaktiven Stoff mit ätzenden Eigenschaften) keine besondere Gefahr ausgehen konnte. Tagtäglich gab es Horrormeldungen auf den ersten Seiten der Tagespresse, bis die 32 Zylinder mit radioaktiven Inhalt problemlos nach fünf Wochen geborgen werden konnten. Niemand wurde gesundheitlich geschädigt. Auch die Umwelt hatte nichts abbekommen.

Monate nach dem Unfall wurde das „Ereignis“ in einem Fachkongress in Bonn aufgearbeitet, und als Medienvertreter kam der Chefredakteur der WELT zu Wort. Er ätzte: „Schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten für die Medienwelt.“ Was lief denn? Seine Redakteure hatten sich an Frankreichs Küste ausgerechnet an den von GREENPEACE herausgegebenen (ideologisch geprägten) Pressemeldungen orientiert. Eigene Recherchen, so hieß es nun, seien zu "zeitaufwendig" gewesen.

Nun ein Bericht von Dipl.-Ing. Klaus Ridder, Experte für Gefahrgutbeförderung:

"Ich war seinerzeit im Bundesministerium für Verkehr tätig, zuständig für den Transport radioaktiver Stoffe. Anruf der Pressestelle: Ich möchte bitte ein Fernsehteam von RTL bei Recherchen für einen Film über Transporte mit Radioaktivstoffen unterstützen. Es wurde ein Termin vereinbart. Ich hatte viel Material bei mir, vor allem über „CASTOR-Behälter“. Doch stellte man wieder die bohrende Frage: *Was kann den passieren, wenn?* Ich konnte einen Reporter beruhigen. Aufgrund des sicheren Transportkonzeptes, hier durch Verwendung unfallsicherer Verpackungen bei radioaktiven Stoffen mit hoher Aktivität, sei der Transport sehr, sehr sicher. Weltweit gab es weder einen Todesfall noch eine Schädigung von Menschen durch Strahlung. Um die Sicherheit der „CASTOR-Behälter“ zu beweisen, gab ich ihm auch noch einen Film mit, in welchem eine Lokomotive mit 100 Meilen Tempo in einen Typ B-Behälter (= Bezeichnung eines Behälters für hochaktive Abfälle) fuhr. Der Typ B-Behälter blieb nach dem gewaltigen Crash vollkommen dicht.

Als ich den Film dann im Fernsehen sah, erschrak ich. Alles was ich dem Reporter/Redakteur vermittelt hatte, wurde **nicht gebracht**. Mein zur Verfügung gestelltes Filmmaterial wurde dazu missbraucht, nur Horror zu zeigen: Immer dann, wenn ein interviewter Atomkraftgegner seinen Satz vollendet hatte, krachte die Lokomotive in einem gewaltigen Feuerball in den Behälter á la CASTOR. Das wurde sogar fünfmal wiederholt: Niemand sagte, dass es sich nur um einen Belastungsversuch gehandelt hatte.

Geschrieben und redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
Tel. 0228 – 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre (meistens jährliche gewährte) Spende deckt meine Kosten
Bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805
oder: BIC GENODED1WVI IBAN DE15 3706 9805 0101 4030 17